

PRESSEDIENST

13.06.2019

Neuer Europäischer Tarifbericht des WSI

Real rund ein Prozent: Löhne in Europa steigen und stützen die Konjunktur

Die Löhne in der EU steigen im Zuge der noch guten Konjunktur wieder etwas stärker und leisten damit einen wichtigen Beitrag zur wirtschaftlichen Stabilität. Im Jahr 2018 haben die Löhne real, also nach Abzug der Inflation, im EU-Schnitt um 0,9 Prozent zu gelegt – gut doppelt so stark wie im Jahr davor. Auch im laufenden Jahr dürften die Reallöhne um durchschnittlich 1,0 Prozent steigen. Deutschland liegt mit einem Reallohnzuwachs von 1,0 Prozent 2018 und prognostizierten 1,7 Prozent 2019 über dem europäischen Durchschnitt. Deutlich stärker steigen die Löhne in fast allen osteuropäischen Staaten (siehe auch die Tabelle im Anhang). Ein wesentlicher Faktor für die steigenden Löhne sind Tarifabschlüsse, die in etlichen Ländern für spürbare Steigerungen gesorgt haben. Das zeigt der neue Europäische Tarifbericht, den das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung heute vorlegt.*

Da die aktuelle konjunkturelle Eintrübung vor allem auf die weltwirtschaftliche Verunsicherung durch die Handelskonflikte der USA zurückgeht, sei „eine Verfestigung des noch immer moderaten Expansionskurses bei den Löhnen wirtschaftlich sinnvoll, da höhere Löhne die Binnennachfrage stärken“, schreibt WSI-Forscher Dr. Malte Lübker in seiner Studie. Der Konsum der Privathaushalte und steigende Investitionen hatten der deutschen Wirtschaft ein relativ starkes Wachstum im ersten Quartal 2019 beschert. Zudem trügen solide Lohnzuwächse dazu bei, die nach wie vor vergleichsweise niedrige Inflationsrate zu stabilisieren und so einer deflationären Entwicklung vorzubauen. Aus diesem Grund begrüßen auch die Europäische Zentralbank (EZB) oder der IWF stärkere Lohnsteigerungen, insbesondere in Deutschland.

Unabdingbar für ein ausgewogenes Wachstum der Löhne sei eine Stärkung von Tarifverträgen, so WSI-Experte Lübker. Diese sorgen dafür, dass auch niedrigere Lohngruppen von Lohnsteigerungen profitieren, und haben damit eine wichtige gesellschaftliche Funktion. „Sie könnte einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung des von vielen Bürgen empfundenen Gerechtigkeitsdefizits der Europäischen Union leisten“, schreibt der Forscher. Während der Eurokrise hatte es zur Politik der „Troika“ gehört, branchenweite Tarifverhandlungen zugunsten „dezentraler“ Lohnsetzung zurückzudrängen. Auch in Deutschland ist die Tarifbindung in den vergangenen zwei Jahrzehnten deutlich gesunken.

– Forscher: Trotz Eintrübung noch Rückenwind durch Konjunktur –

Die WSI-Studie, die Daten der Europäischen Statistikbehörde, der EU-Kommission, der EZB und anderer europäischer Institutionen auswertet, konstatiert dass die wirtschaftlichen Voraussetzungen für weitere

Ansprechpartner in der
Hans-Böckler-Stiftung:

Dr. Norbert Kluge
Wissenschaftlicher Direktor WSI
(kommissarisch)
Telefon +49 211 7778-186
norbert-kluge@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter Pressestelle
Telefon +49 211 7778-150
rainer-jung@boeckler.de

WSI – Wirtschafts- und
Sozialwissenschaftliches Institut
der Hans-Böckler-Stiftung
Hans-Böckler-Straße 39
40476 Düsseldorf

presse@boeckler.de
www.boeckler.de
www.wsi.de

Lohnerhöhungen weiterhin gegeben sind: Die Volkswirtschaften der EU sind trotz einer Abschwächung der Konjunktur mit einem prognostizierten Plus von 1,4 Prozent für das laufende Jahr weiterhin auf Wachstumskurs. Die Arbeitslosigkeit ist 2018 in allen EU-Ländern gesunken, im Schnitt um 0,8 Prozentpunkte auf 6,8 Prozent. Für 2019 rechnet die EU-Kommission mit einem weiteren Rückgang auf 6,5 Prozent. Während die Arbeitslosenquote in einigen südeuropäischen Ländern nach wie vor hoch ausfällt, herrscht in Deutschland oder Tschechien annähernd Vollbeschäftigung.

Den Gewerkschaften haben die günstigen Rahmenbedingungen in den Tarifverhandlungen Rückenwind verliehen, zeigt Lübkers Analyse: Laut Berechnungen der Europäischen Zentralbank (EZB) konnten sie im Euroraum 2018 im Schnitt nominal zweiprozentige Lohnerhöhungen durchsetzen. Preisbereinigt betrug das Plus aufgrund der etwas gestiegenen Inflationsrate noch 0,3 Prozent. Deutschland landet mit Tariflohnzuwachsen von nominal 3 Prozent und real rund 1 Prozent auf einem der Spitzenplätze; hier sind die Tariflöhne insgesamt seit 2010 real um 9,6 Prozent gestiegen.

Die Nominallöhne haben laut WSI-Bericht 2018 im EU-Mittel nominal um 2,8 Prozent zugelegt. Die Spanne reicht von 0,1 Prozent in Zypern bis 18,4 Prozent in Rumänien. Für das laufendes Jahr erwartet die EU-Kommission ein Lohnwachstum von nominal 2,6 Prozent. Dabei stechen erneut die osteuropäischen Länder heraus.

– Löhne in Osteuropa steigen schneller, liegen aber meist noch deutlich zurück –

Trotz überproportionaler Lohnsteigerungen in Osteuropa gibt es beim Engeltniveau immer noch große Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten, zeigt die Untersuchung. Die Spannbreite der durchschnittlichen jährlichen Arbeitnehmerentgelte (Löhne plus Arbeitgeberbeitrag zur Sozialversicherung) in der EU ist weiter groß. Sie reicht von 70.000 Euro pro Beschäftigtem in Luxemburg und 59.300 Euro in den Niederlanden bis 13.700 Euro in Ungarn, 12.300 Euro in Rumänien und 9.100 Euro in Bulgarien (siehe auch die Grafik im Anhang). Den starken Rückstand in vielen osteuropäischen Ländern mit niedrigerer Produktivität rechtfertigen zu wollen, überzeuge längst nicht mehr, betont der Forscher. Vielmehr seien die Löhne in diesen Ländern auch gemessen an der Produktivität sehr niedrig – ein klares Indiz für eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Unwucht. Deutschland liegt mit 43.000 Euro pro Kopf auf dem 10. Platz in der EU. Ein Grund für die Position hinter den meisten west- und nordeuropäischen Staaten sind Teilzeitbeschäftigungen mit geringer Stundenzahl, die in der Bundesrepublik häufiger vorkommen als im Durchschnitt der EU.

Auch Niedriglöhne sind in Deutschland nach wie vor weit verbreitet. Das gilt mit einer Quote von knapp 15 Prozent bei den Männern, vor allem aber bei den Frauen, von denen in Deutschland nach Berechnungen der OECD fast 27 Prozent für weniger als zwei Drittel des mittleren Lohns arbeiten. Im Kontrast dazu hat der WSI-Forscher eine Gruppe von sieben Ländern ausgemacht, die sich durch auffällig wenige Niedriglohnjobs auszeichnen: die drei nordischen

EU-Staaten sowie Belgien, Italien, Frankreich und Portugal. Eine wichtige Gemeinsamkeit dieser Länder sei die ausgesprochen hohe Tarifbindung von jeweils deutlich über 70 Prozent.

Quelle: Malte Lübker: Europäischer Tarifbericht des WSI – 2018/2019: Positive Tariflohnentwicklung stabilisiert Wachstum in Europa, WSI-Report Nr. 50, Juni 2019. Download: https://www.boeckler.de/pdf/p_wsi_report_50_2019.pdf

Kontakt in der Hans-Böckler-Stiftung

Dr. Malte Lübker
WSI-Tarifexperte
Tel. 0211 7778 574
E-Mail: Malte-Luebker@boeckler.de

Rainer Jung
Leiter der Pressestelle
Tel.: 0211 7778 150
E-Mail: Rainer-Jung@boeckler.de

Sie erhalten unsere Pressemitteilungen und Presseeinladungen als Mitglied unseres Presseverteilers. Die Einwilligung zum Bezug unserer Materialien können Sie jederzeit widerrufen. Wir löschen dann umgehend Ihre Daten aus dem Verteiler. Schicken Sie dazu bitte einfach eine kurze Mail an: presse@boeckler.de

Link zur Datenschutzerklärung:
http://www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Externe.pdf

Lohnentwicklung und Verteilungsbilanz in der Europäischen Union

2016–2019*

	Nominallöhne				Reallöhne				Verteilungsbilanz			
	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019	2016	2017	2018	2019
Nordeuropa												
Dänemark	1,5	1,7	2,0	2,6	1,5	0,6	1,3	1,3	0,6	0,0	1,7	0,7
Finnland	1,1	-1,2	1,2	3,4	0,7	-2,1	0,1	1,9	-1,6	-3,5	0,4	1,2
Schweden	2,5	2,0	3,4	3,1	1,4	0,1	1,4	1,5	0,6	0,4	0,9	0,9
Westeuropa												
Belgien	0,5	1,9	2,0	2,5	-1,2	-0,3	-0,3	0,7	-1,5	-0,6	-0,5	0,4
Deutschland	2,2	2,6	3,0	3,2	1,8	0,9	1,0	1,7	0,9	0,2	0,9	1,9
Frankreich	0,8	1,9	1,7	0,0	0,5	0,7	-0,3	-1,3	0,1	-0,5	-1,0	-1,8
Großbritannien	2,8	3,1	2,7	3,1	2,1	0,4	0,2	1,1	1,8	-0,4	0,0	0,6
Irland	2,1	0,9	2,9	3,2	2,3	0,6	2,1	2,2	1,1	-3,6	-0,9	0,5
Luxemburg	0,9	3,3	2,1	3,0	0,9	1,2	0,1	1,1	1,5	3,0	1,2	1,7
Niederlande	1,2	1,1	2,2	2,7	1,1	-0,2	0,6	0,2	0,4	-0,8	0,5	0,0
Österreich	2,4	1,5	2,5	2,6	1,4	-0,8	0,4	0,7	0,7	-1,6	-0,6	0,3
Südeuropa												
Griechenland	-0,9	0,5	1,3	2,4	-1,0	-0,6	0,5	1,6	-0,3	-0,6	0,3	0,8
Italien	0,3	0,3	2,0	0,9	0,3	-1,0	0,7	0,0	0,5	-1,8	0,7	-0,1
Malta	2,9	-0,3	1,6	2,4	2,0	-1,5	-0,1	0,6	0,6	-0,5	-1,0	-0,8
Portugal	1,7	1,6	2,0	2,2	1,1	0,0	0,8	1,1	0,8	0,5	1,0	0,6
Spanien	-0,5	0,3	0,8	2,0	-0,2	-1,7	-0,9	0,9	-0,3	-1,8	-0,9	0,8
Zypern	-1,1	0,7	0,1	2,5	0,1	0,1	-0,6	1,6	-0,1	-0,1	-0,5	1,1
Osteuropa												
Bulgarien	5,8	10,5	5,6	6,9	7,2	9,2	2,9	4,8	3,7	7,3	-0,2	1,7
Estland	6,3	6,9	8,8	6,1	5,4	3,1	5,2	3,7	2,3	1,1	2,8	1,6
Kroatien	1,3	-1,1	1,9	3,6	2,0	-2,3	0,3	2,6	-1,3	-3,1	0,2	1,6
Lettland	7,3	8,0	7,8	6,2	7,2	4,9	5,1	3,3	4,8	0,4	2,1	0,6
Litauen	6,7	8,7	7,7	7,0	6,0	4,8	5,0	4,7	5,7	0,2	2,8	2,5
Polen	4,8	5,8	7,5	8,0	5,0	4,1	6,3	6,1	2,7	0,7	1,6	2,2
Rumänien	15,0	12,6	18,4	13,5	16,2	11,4	13,7	9,6	10,1	7,3	10,4	7,0
Slowakei	2,1	5,2	5,4	6,8	2,6	3,7	2,8	4,3	1,8	2,8	0,9	1,5
Slowenien	3,0	3,2	4,0	4,8	3,2	1,6	2,0	3,0	1,9	-0,3	0,6	2,2
Tschechien	4,0	6,4	7,6	5,0	3,3	3,9	5,5	2,5	2,5	1,2	4,3	0,9
Ungarn	4,4	6,2	9,6	6,6	4,0	3,7	6,5	3,3	4,7	1,8	4,0	1,0
EU 28	1,7	2,1	2,8	2,6	1,4	0,4	0,9	1,0	0,7	-0,5	0,3	0,5

Nominallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer, Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

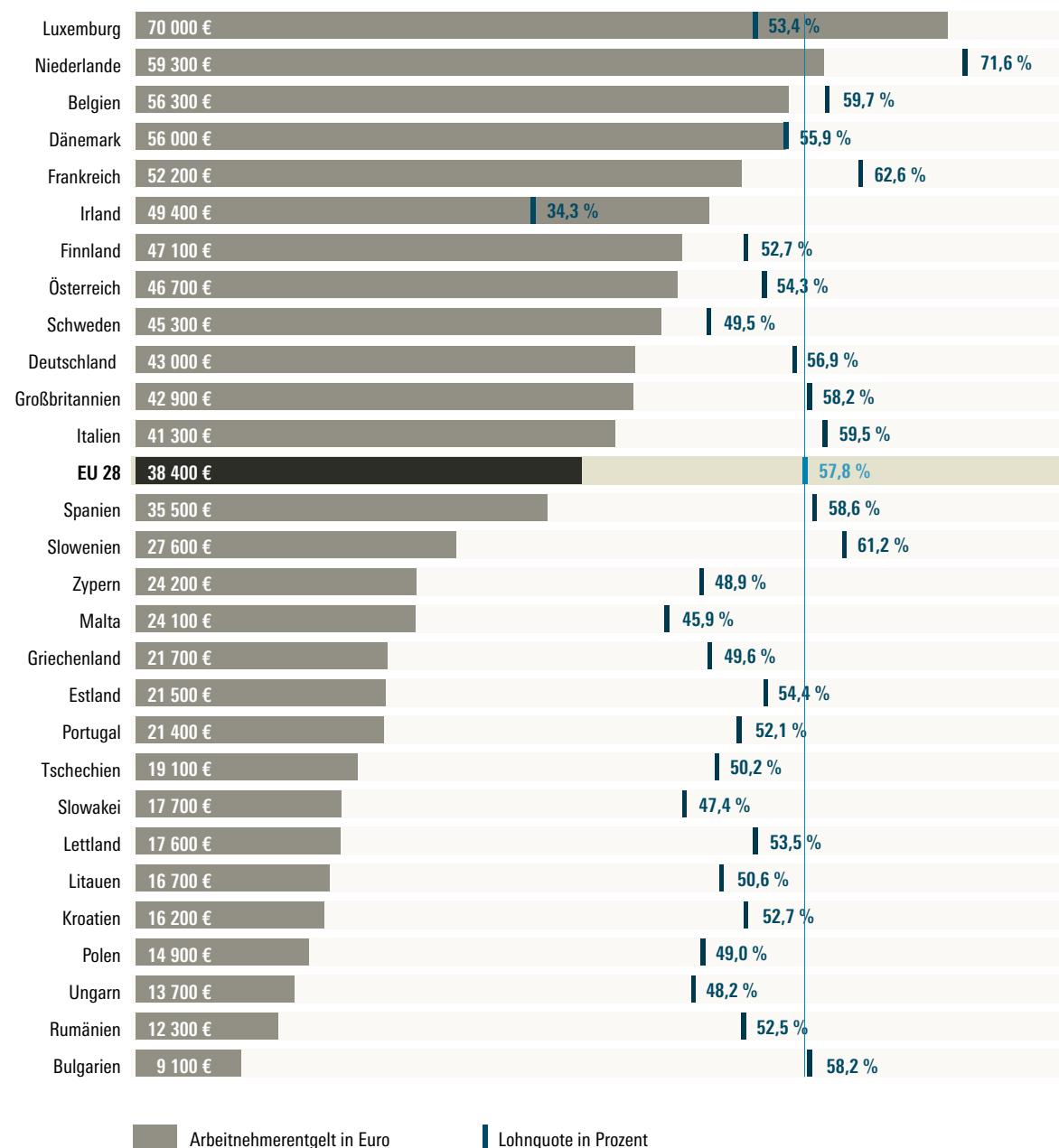
Reallöhne = Nominale Arbeitnehmerentgelte pro Arbeitnehmer inflationsbereinigt auf Basis des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr.

Verteilungsbilanz = Saldo des jährlichen Nominallohnzuwachses und des Verteilungsspielraums (vgl. Tabelle 2) in Prozentpunkten.

* Angaben für 2019: Prognose der Europäischen Kommission.

Arbeitnehmerentgelt pro Beschäftigtem in den Ländern der Europäischen Union, 2018

In Euro pro Jahr und in % der Wertschöpfung pro Erwerbstätigem



Arbeitnehmerentgelt in Euro | Lohnquote in Prozent

Anmerkung: Arbeitnehmerentgelte sind pro Jahr und Beschäftigtem ausgewiesen und beinhalten Arbeitgeberanteile an der Sozialversicherung (gerundete Werte).

Die bereinigte Lohnquote setzte die Arbeitnehmerentgelte ins Verhältnis zur BIP pro Erwerbstätigem.